

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oderboten
1.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg. Reklame-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 199.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 27. August 1919.

Jahrgang 1.

Es fehlt in der Welt weniger am Wissen der Fehler
als am Willen und an der Kraft, sie abzulegen.
Diethelm Hofmeister. (1815—1893.)

Japan und die Vereinigten Staaten.

Im Laufe der letzten Wochen ist die Welt mit so vielen Nachrichten über das augenblickliche Verhältnis zwischen Japan und den Vereinigten Staaten überschüttet worden, daß es kaum mehr möglich ist, ein klares Bild darüber zu gewinnen, wie die beiden Großstaaten politisch gegenwärtig zueinander stehen. Die scharfen Reden, die im amerikanischen Senat wegen der Schantungfrage gegen Japan gehalten worden sind, die Nachrichten, daß ein amerikanisches Geschwader durch den Panamakanal in den Stillen Ozean nach Westen abgedampft sei, und die japanischen Kundgebungen, die in den letzten Wochen in den Großstädten Nordamerikas stattgefunden haben, mühten im Zusammenhang mit den scharfen Angriffen, die in der japanischen Presse in der Schantungangelegenheit gegen Amerika gerichtet worden sind, eigentlich zu dem Schluß führen, daß der Ausbruch eines kriegerischen Konfliktes zwischen den beiden Großstaaten unmittelbar vor der Tür stünde.

Es ist von mehr als symptomatischer Bedeutung, daß man in Amerika augenblicklich ganz offen von der Möglichkeit eines kommenden Krieges mit Japan spricht. Aber so weit sind die Dinge doch zweifellos noch nicht gediehen, daß die Interessengefährde, die im fernsten Osten zwischen Amerika und Japan bestehen, schon jetzt explosiv zu einer Entscheidung drängen würden.

Der Krieg zwischen Japan und Amerika wäre zweifellos in greifbarere Nähe gerückt, wenn einer der beiden Staaten genau wüßte, wie sich England in einem derartigen Kriegsfalle stellen würde. Wenn man hinter die Kulissen blickt, so steht heute soviel fest, daß der englischen Politik ein Krieg zwischen Japan und Amerika an sich erwünscht wäre, wenn er mit einer Niederlage der amerikanischen Flotte und mit einer erheblichen Schwächung der japanischen Flotte enden würde. Denn um nichts hat England, nachdem der deutsche Gegner auf dem Meere verschwunden ist, mehr Angst, als daß Amerika oder Japan ihm im Laufe der Jahre seine jahrhundertlang behauptete Weltbeherrschung zur See streitig machen könnte. „England voran in der Welt zu Wasser und zu Land“, das ist die Parole, die heute trotz Völkerbund oder gerade wegen des Völkerbundes in London ausgegeben wird. Augenblicklich mit Japan und Amerika äußerlich gut Freund, wird England auch im Falle eines kriegerischen Konfliktes sich keinesfalls auf die Seite des einen oder anderen stellen, sondern in erster Linie den beobachtenden Zuschauer spielen, bis durch den Gang der Ereignisse sein Eingreifen für die eine oder andere Partei notwendig erscheint.

Es ist nicht anzunehmen, daß Japan heute ein besonderes Interesse daran hat, mit Amerika in kriegerische Verwicklungen zu kommen. Aber seine während des Krieges im Osten der Welt auf Kosten Europas errungene Stellung wird es sich durch Amerika ohne weiteres nicht schmälern lassen. Schwer verletzt durch die Zurücksetzung, die es durch die Ablehnung seiner Forderung auf Gleichberechtigung der Rassen in Versailles erlitten hat, wird Japan danach streben, China, das seine natürliche Rückendeckung bildet, nicht zum Feinde zu haben. Im Gegenteil. Japan wird versuchen, die Schantungangelegenheit, die in Amerika solchen Staub aufgewirbelt hat, auf friedlichem Wege aus der Welt zu schaffen, aber nicht etwa deshalb, um Amerika einen Gefallen zu tun, sondern vor allem, um in China nicht allzu starke Gegenströmungen auszulösen, die den amerikanischen Bestrebungen in China günstig sein müßten.

Wenn auch jetzt noch nicht, so wird einst der Tag kommen, wo Japan mit Amerika sich um die Behauptung seiner Stellung im Osten im Kampfe mißt. Zweifellos wird aber das ostasiatische Reich diesen Augenblick soweit hinauschieben, bis es damit rechnen kann, daß es im Kampfe nicht unterliegt. Wenn einst im Stillen Ozean die japanische und die amerikanische Flotte einander zum Kampfe gegenüberstehen, wird nicht mehr Japan allein

gegen Amerika kämpfen, sondern es wird der Aufstand sein zu dem gewaltigen Ringen, das der weißen gegen die gelbe Rasse bevorsteht und bei dem das Angelfischentum zuerst Gelegenheit haben wird, Siege zu erringen oder — Niederlagen zu erleiden. (Hann. Kurier.)

25 Jahre Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter.

Am 26. August sind 25 Jahre seit der Gründung des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter verfloßen. Die Anregung zur Gründung ging von dem in Alteneisen wohnenden Bergmann Aug. Brüst aus. Er schrieb seinem in Troisdorf wohnenden Freunde Röster am 8. April 1894 einen Brief, in dem er ihm vorschlug, eine Versammlung der Delegierten der konfessionellen katholischen Arbeiter- und Knappenvereine einzuberufen und u. a. auf die Tagesordnung zu setzen: Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Bergleute auf christlicher und gesetzmäßiger Grundlage. Der Anregung war Erfolg beschieden. Nach den notwendigen Vorarbeiten konnte eine am 26. August 1894 zu Essen tagende Konferenz von Delegierten katholischer und evangelischer Vereine die Gründung des Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter für den Oberamtsbezirk Dortmund beschließen.

Der Gewerkschaften hat, wie kaum eine andere Organisation, ein Vierteljahrhundert des aufreibendsten Kampfes hinter sich. Schon bei seiner Gründung stieß er auf gewaltige Hindernisse. Die Sozialdemokratie und die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung sahen in ihm eine Gefahr für sich, sie bekämpften ihn in rücksichtsloser Weise. Auch die Behörden unseres alten Staates beteiligten sich stark am Kampfe gegen den Gewerkschaften. Sie sahen vielfach in jedem Zusammenschluß der Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen etwas Revolutionäres. Auch aus religiösen Gründen erwuchsen dem Gewerkschaften Schwierigkeiten. Sowohl im evangelischen als auch im katholischen Lager verstanden viele Kreise nicht, daß die Arbeiter sich in einer interkonfessionellen Organisation zusammenschließen wollten. Sie sahen hierin eine Gefahr und kämpften deshalb gegen die Neugründung an. Politische Gründe schufen dem Gewerkschaften ebenfalls viele Gegner. Die nationalliberalen Führer des Ruhrgebietes fürchteten das Erwachen der Arbeiter. Auch in der Zentrumspartei stellten sich ihm nicht wenige Gegner.

Trotzdem ging es vorwärts. Unter ständigem Kampfe mußte der Boden Schritt für Schritt erobert werden. Im Jahre 1897 wurde der Gewerkschaften in einen Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter Deutschlands umgewandelt. Er fand dann auch Ausbreitung in den anderen Bergrevieren und wurde im Laufe der Zeit in allen deutschen Bergrevieren eingeführt.

Die Mitgliederzahl des Gewerkschaften nahm, abgesehen von vorübergehenden kleinen Rückschlägen, von Jahr zu Jahr zu. Sie stieg von 5400 am Ende des Jahres 1895 auf über 140 000 am Ende des Jahres 1918.

Hand in Hand mit der äußeren Ausdehnung des Gewerkschaften ging die innere Erstarkung. Der Beitrag der Mitglieder, der im Jahre 1894 auf 25 Pfg. pro Vierteljahr festgesetzt wurde, wurde 1899 auf 20 Pfg. monatlich erhöht, und im Jahre 1905 auf 40 Pfg. wöchentlich. Im Jahre 1913 wurde ein Staffelleibtrag bis zu 1 Mark eingeführt.

Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen stieg von 4960,08 M im Jahre 1895 auf 2348 986,60 M im Jahre 1918. Der Vermögensbestand stellte sich am Schluß des Jahres 1918 auf über 4½ Millionen Mark. Dabei hatte der Gewerkschaften große Summen für die geistige Hebung der Mitglieder und für finanzielle Unterstützungen verausgabt. Mit Beginn des Jahres 1896 führte er eine Vereinszeitung, „Der Bergknappe“, ein. Stets war eine Unterstützung bei Maßregelung für den Gewerkschaften vorgesehen. Im Jahre 1900 wurde ein Sterbegeld eingeführt. Seit dem Jahre 1903 wird den Mitgliedern in allen Streitigkeiten freier Rechtsschutz erteilt. Nach dem großen Streik von 1905 führte man auch eine Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ein.

Der Gewerkschaften hat außer diesen Unterstützungen gewaltige Leistungen für die Bergarbeiter aufzuweisen. Die Lage der Bergarbeiter wurde seit seiner Gründung tatsächlich vollständig umgestaltet. Den Bergleuten wurde die Gleichberechtigung mit den Unternehmern erkämpft. Die Löhne wurden wesentlich erhöht. Auch konnte die Arbeitszeit in allen Bergbaurevieren nicht unerheblich eingeschränkt werden. Stets wirkte der Gewerkschaften auch für eine gute Behandlung der Bergleute. Er bekämpfte die Unfallgefahren, trat für den genügenden Schutz der Gesundheit der Bergleute ein, forderte ausreichenden Schutz der Jugend, wirkte für die Abschaffung der Frauenarbeit auf den Bergwerken, erstrebte eine Verbesserung der Knappschäftsverhältnisse usw. Auf allen Gebieten waren große und zahlreiche Erfolge zu verzeichnen.

Bei seinen Arbeiten ließ der Gewerkschaften nie die gebotene Rücksicht auf die Industrie und die Volksgesamtheit vermissen. Er dachte nicht nur an seine Mitglieder, an den Bergarbeiterstand, sondern auch an das Wohl der Gesamtheit. Ihm sind zahlreiche Anregungen zur Förderung der Industrie, zu technischen und sonstigen Verbesserungen, die der Gesamtheit nützen, zu verdanken.

Indirekt war die Tätigkeit des Gewerkschaften von besonderer Bedeutung für die Entwicklung unseres ganzen politischen Lebens. Der Gewerkschaften wirkte durch seine entschiedene und erfolgreiche Arbeit für die Bergleute dem Linksmarsch der breiten Volksmassen zur Sozialdemokratie entgegen. Er zeigt praktisch, daß man auch als Nichtsozialdemokrat erfolgreich für die Arbeiter wirken, und daß auch ein Christ seine wirtschaftlichen Interessen wahren kann. Dadurch hat er sich weit über den Rahmen der ihm gesteckten Ziele verdient gemacht. Alle Anschläge auf seine Selbstständigkeit und sein Leben hat der Gewerkschaften gut überstanden und sich kräftig entwickelt. Es besteht die Aussicht, daß er auch in Zukunft sich weiter günstig entwickeln wird.

Am 24. August fand die Jubiläumsgeneralversammlung in Essen statt.

Der Stil des kommenden Kirchentages.

Der Kirchentag, der im September in Dresden zusammentritt, wird seinen Stil haben. Das ist gewiß. Stil läßt sich nicht machen, Stil stellt sich von selber her. Im Stil drückt sich das Sein aus. So wird sich im Stil des kommenden Kirchentages das Sein ausdrücken, das die 320 zur Vertretung des deutschen evangelischen Kirchenvolkes berufenen Männer und Frauen in sich tragen. Jeder von ihnen ist an seinem Teile mit verantwortlich für das Gepräge der Tagung. Über ihren innersten Gehalt entscheidet nicht, was in Dresden geredet und geschwiegen wird, so wichtig das ist, sondern was vorher geschieht in den Gewissen der Beteiligten. Worauf es ankommt, ist dies: Wird der Parteigeist regieren oder der Heilige Geist?

Woran erkennt man den Parteigeist?

1. Der Parteigeist kann nicht zuhören. Er ist von vornherein so überzeugt vom alleinigen Recht des eigenen Standpunktes, daß er ganz unwillkürlich den andern Standpunkt gar nicht zu Worte kommen läßt. Während der „Gegner“ noch redet, ist er schon dabei, die Einwände wie Pfeile im Rücken zurechtzulegen. Denn geschossen muß werden, so oder so, das steht von Anfang an fest. Wir ahnen oft gar nicht, wie sehr wir befangen sind in unsern Vorurteilen, wie sehr wir aneinander vorbeireden, wie selten der andere den Eindruck hat, in dem, was er eigentlich meinte, verstanden worden zu sein. Nicht als stehen sich die letzten Gegensätze „wegverstecken“. Im Gegenteil. Wenn man wirklich in ein inneres Ringen um die Sache hineinkommt, das die Parteischablonen hinter sich läßt, dann merkt man erst, daß es in Wahrheit nur einen Unterschied gibt, der die Menschen scheidet, nämlich die Art, wie sie sich zu der bekannten Wahrheit stellen. Ob sie ihr gehorchen oder ihr den Gehorsam versagen, das allein trennt sie bis in die letzte Tiefe. Diese unübersteigliche Kluft soll niemand übersteigen wollen. Sonst aber gibt es keine Kluft zwischen den Menschen, die nicht im Namen Gottes überstiegen werden darf, ja überstiegen werden muß, sobald sich eine Gelegenheit dazu bietet. Und der erste Schritt, um eine Brücke echten Ver-

stehens über die Parteigraben zu schlagen, ist der Wille zum wirklichen Zuhören. Je weniger es in Dresden zu diesem Zuhören kommt, umso mehr wird der Parteigeist regieren, auch wenn man noch so höflich miteinander umgeht.

2. Der Parteigeist kann sich nicht beugen. Das sieht man am deutlichsten an den politischen Parteien. Wo ist eine Partei, die einmal angeht einer offenen Verschlingung Buße getan hätte, gegebenenfalls durch ein öffentliches Schuldbekenntnis? Vielmehr umgibt sich jede Partei gesüßlich mit dem Schein der Unfehlbarkeit. Diese grundsätzliche Unbushfertigkeit des politischen Parteitreibens vergrößert auch die Kirche. Nichts aber ist schlimmer als kirchliche Unbushfertigkeit. Es ist wirklich viel gefehlt worden in der Vergangenheit. Menschenfurcht und Menschengefälligkeit, Mangel an Wahrhaftigkeit und Erbarmen, Eigensucht und sträfliche Lässigkeit haben nicht wieder gutzumachendes Unheil angerichtet. Wenn jede der verschiedenen Gruppen, wenn jeder einzelne unmittelbaren Einblick gewönne in das unbefriedigende Schuldbuch, das über alle diese Dinge geführt wird, es würde ein tiefes Erschrecken durch alle Reihen gehen. Und zu einem solchen Erschrecken muß es einmal kommen, nicht zu einem Erschrecken über fremde Schuld, in das sich nur zu leicht eine heimliche Schadenfreude mischt, sondern zu einem Erschrecken über die eigene Schuld und die Schuld der eigenen „Richtung“ an dem Jammer der Kirche. Je weniger es zu dieser Beugung bei den Beteiligten vor Dresden kommt, umso mehr wird in Dresden der Parteigeist regieren, auch wenn noch so farblos von den Schäden der Kirche geredet wird.

3. Der Parteigeist kann nicht verzeihen. Die Parteien haben sich immer viel vorzuwerfen. So fleckenlos das eigene Parteigewand zu sein pflegt, so beschmutzt sind die Kleider der Gegner. Und es gibt nichts Tragwürdigeres in der Vergangenheit der feindlichen Gruppen, das nicht immer wieder hervorgeholt würde oder wie ein Bodensatz selbstverständlichen Mißtrauens in der Erinnerung weiter wirkt. Der Parteigeist verzeiht dem Gegner grundsätzlich nichts. Das ist menschlich nur allzubegreiflich, aber es hört darum nicht auf, durch und durch ungöttlich zu sein. Göttlich ist eine unheirbare Vergebungsbereitschaft, die an keiner Parteigrenze Halt macht. Halt macht sie nur bei dem offensibaren Widerstreben gegen die erkannte Wahrheit, solange dieses Widerstreben andauert. Wie viele verborgene Spannungen im Leben der Kirche hätten ihre heilige Lösung gefunden, wenn diese Vergebungsbereitschaft auf allen Seiten vorhanden gewesen wäre. Man kann geradezu sagen, diese Vergebungsbereitschaft — die etwas völlig anderes ist als ein fünf gerade sein lassen — ist der untrügliche Gradmesser für die Nachfolge dessen, in dem das Vergeben Gottes überreich geworden ist gegen uns. Wenn ich einem andern verzeihe, dann erhebe ich mich nicht im gleichen Augenblick über ihn, sondern ich mache mich innerlich so eins mit ihm, daß mir seine Not zu meiner Not wird. Wir alle haben ein sehr feines Gefühl dafür, ob das wirklich geschieht oder ob nur so getan wird, als würde verziehen. Eine solche Mis- oder Verzeihung bringt auch der Parteigeist schließlich fertig, wenn sie sich als Mittel für einen Parteizweck empfiehlt, aber ein rückhaltloses Vergeben ohne Hintergedanken und ohne Nachgedanken geht über sein Kraß. Und doch wie not tate es, wenn die seelische Gesamtsituation des allgemeinen deutschen Kirchentages durchdrängt wäre von solcher Vergebungsbereitschaft. Je weniger dieser Wille zum Verzeihen regiert, auch wenn man noch so sehr miteinander auszukommen sucht.

Kurzum, der Parteigeist vertreibt den heiligen Geist. Nichts aber braucht die Kirche nötiger als den heiligen Geist. (Schluß folgt.)

Der Bibelkreis für Schüler höherer Lehranstalten (B K) und die anderen christlichen Jugendbewegungen.

Von Pastor Spranger, Dresden. (Schluß.)

1. Der Leiter der B. K. Arbeit muß über die christlichen Jugendorganisationen gut unterrichtet sein, um seinen B. K. Lern das Bild der anderen Bewegung genau bezeichnen zu können. In den Gesichtskreis jedes älteren B. K. lers muß im Laufe der Zeit die charakterisierte andere christliche Jugendarbeit getreten sein. Um aber die Gesamtheit der christlichen Jugendarbeit zu überschauen, diene ihm nicht nur ein Handbuch, das oft zu schnell veraltet, sondern eine Rundschau, die auf Neues hinweist, vielleichte in „M. u. W.“, die Bearbeitung dieser Rundschau kostet ziemlich Arbeit, ist aber ein nötiges und sich selbst belohnendes Unternehmen.

2. Die Leiter anderer christlicher Jugendarbeit einer Stadt oder eines Landkreises möchten sich kennen lernen und darum aller Vierteljahre nicht nur eine Sprechkonferenz haben, sondern eine persönliche Führungsnahme, um auch über Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten gemeinsamer Unternehmungen zu besprechen. Es dürfte nicht sein, daß sich nicht einmal die Offiziäre eines Gesellschafes kennen, geschweige denn die Mannschaften. Die Führer wenigstens sind sich diesen gegenseitigen Dienst schuldig.

3. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß zwischen uns und den Jünglingsvereinen zumal oft nicht nur der innerste Unterschied besteht, weil wir einen viel lebendigeren Ausdruck des Glaubens fordern, sondern auch der der Methode, den die beiden Werke umschreiben: Pflege und Bewegung. Aber eine eingehende Beobachtung der Jünglingsvereine hat vor allem in der letzten Zeit gezeigt, daß vielfach diese Unterschiede vermindert werden, soweit es das viel schwerere Material der Lehrlings- und Arbeiterjugend zuläßt. Die religiöse Pflege, die Bibelstunde und Besprechung wird immer lauter auch dort betont und der Mitarbeit der Älteren, der Selbstverwaltung durch die reiferen Mitglieder wird ein immer breiterer Raum ge-

Friedrich Naumann.

Der Vorsitzende der deutsch-demokratischen Partei und Abgeordnete der Nationalversammlung Dr. Friedrich Naumann ist am Sonntag in Travemünde, wo er zur Kur weilt, von einem Schlaganfall betroffen worden und bald darauf verschieden. Die Nationalversammlung hat durch den Tod Naumanns, der zweifellos zu den hervorragenden deutschen Parlamentariern gehört, einen schweren Verlust erlitten. Er war eine ausgesprochene Persönlichkeit, ein glänzender Redner mit eigenen Ideen, der durch die Plastik seiner Bilder auch die Widerstrebenden zu fesseln und tiefe Wirkungen zu erzielen vermochte.

Friedrich Naumann wurde am 25. März 1860 in Störmthal (Sachsen) geboren. Er studierte Theologie und wirkte einige Jahre als Pfarrer in Langenberg und dann als Vereinsgeistlicher für innere Mission in Frankfurt a. Main. Schon seit 1890 trat er mit Schriften zur sozialen Frage hervor und begann so die spätere nationalsoziale Gemeinde um sich zu sammeln. Sein Ruf als Schriftsteller und glänzender Redner wuchs; ebenso breitete sich der Nationalsozialer Verein über ganz Deutschland aus. Seit 1897 widmete er sich als freier Schriftsteller in Schöneberg ausschließlich der politischen Arbeit. Er begründete die „Mittel“, die nationalsoziale Wochenschrift, die auch fortbestand, nachdem der nationalsoziale Verein sich mit den übrigen linksliberalen Parteien zu der Fortschrittlichen Volkspartei zusammengeschlossen hatte. Erst jetzt auch gelang es, im Jahre 1907, für Naumann einen Sitz im Reichstag sicherzustellen. In Heilbronn wurde er gewählt. Hier unterlag er bei der Wahl 1912 einem Sozialdemokraten. Doch wurde ein anderer Sitz für ihn freigemacht. Während des Krieges trat er lebhaft für die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsblocks ein, ein Ziel, das der Ausgang des Krieges vernichtete. Bei den Nationalwahlen im Januar 1919 wurde er für Berlin in die Nationalversammlung gewählt. Für ihn tritt jetzt Frau Dr. Elisabeth Lüders als Mitglied in die Nationalversammlung ein.

Rohlennot und Eisenbahn.

Heftige Vorwürfe gegen die Eisenbahnverwaltung.

Die Hauptschuld an der Rohlennot wurde bisher stets der ungenügenden Förderung zugewiesen. Hierüber scheint man seit kurzer Zeit seine Ansicht geändert zu haben. Es wird darauf hingewiesen, daß namentlich in Oberschlesien, teilweise aber auch im Ruhrgebiet, soviel Kohlen auf den Halde liegen, wie seit Jahren nicht, daß sie aber nicht abtransportiert werden können, weil die Eisenbahn ver-

stet. Ja, man geht soweit, der Eisenbahnverwaltung die alleinige Schuld an der Rohlennot beizumessen. Es soll lediglich an dem Mangel der Waggengestellung liegen, wenn nicht genug Kohle für den Verbraucher herangeschafft werden kann. Es wird ferner angeführt, daß man für den Transport von Kohle zu wenig die Binnenschifffahrt heranziehe, die imstande sei, weit günstigere Ergebnisse zu erzielen. Man schließt, wie neuerdings es der Fall ist, sogar auf eine Transportkatastrophe.

Ohne eingehende Untersuchung ist schwer festzustellen, ob der Vorwurf in dieser Stärke zutrifft. Sicher ist, daß die Transportkrise mindestens einen sehr wesentlichen Teil der Rohlennot verschuldet. Es handelt sich also sowohl darum, die Förderung zu erhöhen, als auch die Waggengestellung zu verbessern. Die letztere liegt sehr im argen. Die Schuld daran trifft jedoch nicht, so wird in der amtlich bedienten „Deutschen Allg. Ztg.“ ausgeführt, die Eisenbahnverwaltung, sondern sie liegt an der Betriebslage unserer Eisenbahnen.

lassen; man erkennt, daß die Träger der Arbeit nicht die Leiter, sondern die Mitglieder sein müssen.

4. Als Möglichkeiten, durch die nun auch die verschiedensten Organisationen zusammen kommen können, sind besonders anzuspochen:

a) der Kampf um die Reinheit, wie er im Weiskreuzbund gefordert wird. Der Feind, die innere Not und ihre Bekämpfung sind hier die gleichen für alle jungen Männer. Damit ist hier von vornherein die Basis der Gemeinsamkeit gegeben, auf dieser gilt es alle zusammenzuschließen. Eine Sonderarbeit ist hier Eigenbrödelerei.

b) die Pflege der inneren und äußeren Mission an Missionsjugendtagen. Wir haben in Dresden eine Missionsvereinigung junger Männer, die alljährlich ein Waldmissionsfest veranstaltet. Daran kann und soll auch der B. K. teilnehmen. Der Missionar selbst geht ja aus allen Schichten der Bevölkerung hervor. Die Probleme der Mission sind meist so allgemein gültig, daß sie von allen in gleicher Weise erkannt werden können. Die Betätigung des Missionsfinnes geht auch meist in derselben Richtung. Was von der äußeren Mission gesagt ist, gilt auch zum großen Teil von der inneren.

c) Die Herausgabe eines allgemeinen deutschen christlichen Jugendblattes. Das Verlangen danach ist in allen Lagern groß, sowohl im C. B. j. M. wie in den Jünglingsvereinen. Mir schwebt ein christlicher guter Kamerad vor, ein deutscher Jugendfreund, aufgebaut auf den Rinschen Kinderfreund.

Ganz besonders liegt mir aber am Herzen auf zwei Gelegenheiten hinzuweisen, die m. E. hervorragend dafür geeignet sind, in breiter Öffentlichkeit die Kraft des Evangeliums in und für die Jugend zu bekunden. Die Einrichtung eines allgemeinen christlichen Jugendtages, der zu einer religiösen Jugendwoche ausgedehnt werden kann. Ansätze dazu finden wir bereits in Oldenburg und Altona. Das Programm dieser Woche könnte sein: a) Jugendsonntag: Festgottesdienst. Abends

Transportwagen sind in genügender Menge vorhanden, es fehlt aber an der nötigen Zahl von Lokomotiven. Unser Lokomotivmaterial ist vielfach heute minderwertig; nicht nur die Abnutzung der Lokomotiven trug daran die Schuld, sondern auch das Baumaterial — hauptsächlich der Keßel —, das infolge des Krieges sich sehr verschlechterte. Die Folge davon ist eine unverhältnismäßig gesteigerte Reparaturbedürftigkeit der Lokomotiven, so daß heute durchweg nur mit der Hälfte des Zugmaterials von dem in früheren Zeiten gearbeitet werden kann. Selbstverständlich ist man in der Eisenbahnverwaltung bestrebt, diesen Mängeln nach Möglichkeit abzuhelfen. Aber auch dem ist bei der Ueberlastung unserer Reparaturwerkstätten eine Grenze gezogen. Was an Lokomotiven aus ihnen herauskommt, wird in erster Linie dem Kohlentransport dienlich gemacht.

Den Wasserweg hat man nach Möglichkeit zu benutzen gesucht, ist hier aber zum großen Teil auf einen Widerstand der Interessenten selbst gestoßen. Einmal liefert der Wasserweg diesen Transportgut nicht mit der Schnelligkeit, die sie bei dem Mangel an Rohmaterial wünschen, und weiter ist im Gegenlag zu normalen Zeiten der Transport zu Wasser jetzt wesentlich teurer als mittels der Eisenbahn. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Eisenbahn ja zurzeit mit einer wesentlichen Unterbilanz arbeitet, während die Binnenschifffahrt sich durchweg in Privat Händen befindet und infolgedessen mit einem Verdienst rechnen muß. Man ist sogar seitens der Eisenbahnverwaltung dazu übergegangen, einzelne Güter, zumal Stückgüter, zwangsweise auf den Wasserweg zu verweisen, hat man immer wieder mit einem heftigen Widerstand der Interessenten zu kämpfen gehabt. Trotzdem sind die betreffenden Instanzen eifrig bemüht, den Wasserweg mehr in den Dienst des Transports zu stellen. Im Westen, zumal auf der Strecke nach Emden, hat sich bei dem Versuch, die Wasserwege stärker heranzuziehen, in der letzten Zeit sogar ein Mangel an Schiffsraum geltend gemacht, der eine weitere Abwälzung des Güterverkehrs auf die Binnenschifffahrt verhindert.

In dieser Woche soll in Währisch-Strau die erste Sitzung der internationalen Kohlenkommission stattfinden. Die deutsche Regierung wurde eingeladen, einen ständigen Vertreter hierher zu entsenden. Die Internationale Kohlenkommission soll sich mit der Prüfung der Kohlenfrage in Oberschlesien, Tschechien, Dombrowa und der Tschechoslowakei befassen und Maßnahmen vorschlagen, um die Kohlenförderung wieder herzustellen und weiter zu heben. Wir wollen hoffen, daß die Konferenz in Währisch-Strau nicht nur die Ursachen der Rohlennot einwandfrei ergründet, sondern auch gangbare Wege weist, sie zu beheben.

Die Transportkrise in Frankreich.

Der Oberste Rat behandelte eingehend die Kohlenfrage über die Minister Loucheur Bericht erstattete. Nach seiner Ansicht erklärt sich die Schwierigkeit nicht nur aus der Förderungsverminderung, sondern auch aus der Transportkrise. Er teilte mit, daß demnächst eine Kommission nach Polen reise, um dort die Kohlenfrage zu studieren. Nach „Recht Journal“ beziehen auch Transportschwierigkeiten im Saargebiet, und im Pas des Calais lagern 100 000 Tonnen, die nicht abgefahren werden können.

Zugangsbeschränkungen infolge der Rohlennot.

Nach Mitteilungen von maßgebender Seite werden voraussichtlich bereits vom 1. September ab infolge des Rohlenmangels weitgehende Zugangsbeschränkungen Platz greifen müssen. Es sind in den östlichen Bezirken Kohlenvorräte nur noch etwa für kaum eine Woche vorhanden, während es im südlichen Deutschland um den Kohlenvorrat noch schlimmer bestellt ist. Die bereits zwischen den einzelnen Eisenbahndirektionen geflogenen Verhandlungen über diese Frage werden noch in dieser Woche in einer zusammenfassenden Besprechung zu einer Entscheidung gebracht werden. Es ist bereits als ziemlich bestimmt

große Versammlung für alle christlichen Jugendvereinigungen: b) Weiskreuzbundabend; c) Missionspflegenabend; d) Schülermissionstag; e) Jugendevangelisation; f) ein allgemeiner B. K.-Gautag. Ist diese Woche gut vorbereitet, wird sie abgehen von allem inneren Segen unter dem Ausdruck der Gemeinsamkeit vom Großen und Ganzen des Reiches Gottes seines Zeugnis geben.

Die zweite Gelegenheit sehe ich in der Errichtung eines Jugendfeierhauses vor den Toren der Großstadt oder inmitten eines Landkreises, wie jetzt von der D. C. B. das Haus der Freunde vor Berlin geschaffen worden ist. Ein solches Haus der Freunde braucht jede christliche Jugendarbeit. Den einzelnen Organisationen ist es meist unmöglich, dem Bedürfnis statzugeben. Sollte aber nicht allen Verbänden die Verwirklichung doch möglich sein? Dieser Sammelauftrag zu gemeinsamer Tat aber dürfte auch innerlich vereinigen. In diesem Jugendfeierhaus könnten die verschiedensten Organisationen ihre eigenen Räume haben. Säte könnten vor allem nacheinander oder auch gleichzeitig benutzt werden. Die Eigenart jeder Bewegung bliebe bestehen, und doch würde eine gegenseitige Befruchtung eintreten, wie man sie sich nur wünschen kann. Kurse, Gautage, Exerzitien, kleine Ferienfahrten könnten hier abgehalten werden.

Erfreulich ist es, daß ein Arbeitsamt von den verschiedenen großen christlichen Jugendorganisationen geschaffen worden ist, durch das der Gemeinsamkeit Ausdruck verliehen wird und von dem wir eine literarische, ideelle und praktische gegenseitige Befruchtung erwarten.

Die Hochachtung vor der gottgewollten Eigenart, die Erkenntnis der besonderen Aufgabe und Schwierigkeit der jeweiligen Organisation einerseits, die brüderliche Liebe, der eine innere Geist andererseits, die antikeistliche und mystisch verschwommene Gefahr zuletzt werden und müssen Kräfte entfalten, die zur Betätigung der Gemeinsamkeit drängen. Wir wollen nichts machen, nichts hemmen, sondern Gott nachgehen, dem wir unsere Jugend befehlen. Wir schließen uns immer wieder fest zusammen in der Lösung: „Christus für die Jugend — die Jugend für Christus“.

anzunehmen
verfeht si
wird. an
zu erwart

Die
in Breslau
zwei Eng
und einen
der eng
französisch
der Kom
den Amer
am Mont
Berhandl
tung, der
russische
müßig u
stehung u
sien mit

In
ist man
gewöhnlich
die Mitgl
sprachen
schließen
Kommissi
und Stelle
Ginzuzieh
sie natur
Breslau
gehenden
zu große
werden.
klärte, der
so hätte n
die einer
heiten au

Sofortige

Nach
interallie
Frage zu
meinen G
schen Beh
schleßens
Friedensb
aufwändig
bezeichnet.
Befugnisse
besassen u
wird als
klaren W
Nutzen de

Te
nach schon
militärisch
amerikanis
im Oberste
land in
daunern la
Millionen
auch eine
völlige W
Hoover sch
der Kohle
sowie die
Verteilung
weide die
Enteitrer
beschlossen
polnischen
sondern a
zulassen.
der Aufga
mit der J
setzung de
handeln.

Schick
Samstag
schreiten
trieben.
an mehrer
durch pol
zier, der
morder.
Kreis M
regulärer
schug zur
in unse
an, der a
den ist.
benes Jn

In d
zahlreiche
und regul
feldwa
den ange
der Gegen
jenfalls d
stätt wur
nachts von
überfallen.
Eigene B
Ein näch
orgebe
Aufrührer
tet ein l
mehr.

Die S
fert sich
des Arbeit
der Arbeit
aufsteige
Gruben

ender Menge vor-
nötigen Zahl von
material ist viel-
die Abnutzung der
ald, sondern auch
der Keisel — das
steigerte Repa-
o daß heute durch
Bumaterials
it werden kann.
enbahnverwaltung
schleht abzuhelfen.
nung unserer Re-
gen. Was an Bo-
t, wird in erster
r gemacht.
ach Möglichkeit zu
t großen Teil auf
ent n selbst ge-
weg diesen das
igkeit, die sie bei
n, und weiter ist
der Transport zu
mittels der Eisen-
rückzuführen, daß
beständigen Unter-
schiffahrt sich durch-
infolgedessen mit
n, ist sogar sei-
übergegangen, ein-
ungsweise auf den
immer wieder mit
essen zu kämpfen
den Instanzen effi-
n den Dienst des
zumal auf der
dem Versuch, die
a der letzten Zeit
um geltend ge-
des Güterverkehrs
ch-Drau die erste
hlenkommissi-
ung wurde ein-
her zu entsenden.
oll sich mit der
fessien, Tschechien,
esaffen und Maß-
förderung wieder
ur wollen hoffen,
ar nicht nur die
ergründet, son-
zu beheben.
kreis.
hend die Kohlen-
Bericht erstattete.
Schwierigkeit nicht
ag, sondern auch
it, daß demnach
im dort die Koh-
journal" besetzen
argebiet, und im
n, die nicht abge-
Kohlennot.
nder Seite wer-
September ab-
ende Züge ein-
en. Es sind in
nur noch etwa
hend es im süd-
at noch schlimmer
einzelnen Eisen-
ungen über diese
in einer zusam-
Entscheidung ge-
iemlich bestimmt
Jugendvereinigun-
ffionspflegenden;
egislation; f) ein
ge gut vorbereitet,
Segen unter dem
t und Ganzen des
Errichtung eines
en der Großstadt
e jetzt von der
Berlin geschaffen
braucht jede christ-
anisationen ist es
eben. Sollte aber
ung doch möglich
samer Tat aber
samer Jugendfeier-
anisationen ihre
or allem nachge-
en. Die Eigenart
würde eine gegen-
sch nur wünschen
ne Ferienfahrten
m t von den ver-
anisationen ge-
samkeit Ausdruck
itterarische, ideale
warten.
en Eigenart, die
Schwierigkeit der
rüberliche Liebe,
antigeltliche und
rden und müssen
er Gemeinsamkeit
ts hemmen, son-
Jugend befehlen,
zusammen in der
die Jugend für

anzunehmen, daß diese Entscheidung im Eisenbahn-
verkehr sich vorwiegend auf die Sonntage erstrecken
wird, an denen eine weit geringere Zahl der Züge
zu erwarten ist.

Die oberschlesische Frage.

Die Entente-Kommission in Breslau.

Die interalliierte Militärmission ist am Sonntag
in Breslau eingetroffen. Sie ist zusammengesetzt aus
zwei Engländern, drei Franzosen, zwei Amerikanern
und einem Japaner. Der Leiter der Kommission ist
der englische Oberstleutnant Tidbury. Die englischen,
französischen italienischen und japanischen Mitglieder
der Kommission kamen aus Berlin, während die bei-
den Amerikaner aus Kattowitz entsandt worden sind.
Am Montag begannen im Landeshause in Breslau die
Verhandlungen, an denen Vertreter der Staatsverwal-
tung, der Kommunen, wie auch Vertreter aller Be-
rufsstände aus Oberschlesien teilnehmen. Reichs-
kommissar und Oberpräsident berichteten über die Ent-
stehung und den Verlauf der Unruhen in Oberschle-
sien mit allen ihren Begleiterscheinungen.

In ganz Schlesien, besonders in Oberschlesien,
ist man auf den Ausgang der Verhandlungen außer-
gewöhnlich gespannt. Man ist der Ansicht, daß sich
die Mitglieder der Kommission lediglich durch Rück-
fragen mit den amtlichen Stellen und mit den Ober-
präsidenten über die Vorgänge informieren wollen. Die
Kommission hat ja das Recht, in Oberschlesien an Ort
und Stelle Untersuchungen anzustellen, und zwar ohne
Hinzuziehung von Zeugen. Von diesem Recht wird
sie naturgemäß nach Beendigung der Beratungen in
Breslau Gebrauch machen. Ob man mit dieser weit-
gehenden Informationsmöglichkeit der Kommission nicht
zu große Befugnisse eingeräumt hat, muß abgewartet
werden. Wenn man sich überhaupt dazu bereit er-
klärt, der Entscheidung einer Kommission zuzustimmen,
so hätte man ihr nicht Befugnisse einräumen dürfen,
die einer Einmischung in unsere inneren Angelegen-
heiten außerordentlich ähnlich sehen.

Sofortige militärische Besetzung Oberschlesiens durch die
Entente?

Nach einer Meldung des Pariser „Temps“ hat die
interalliierte Militärmission in Oberschlesien auch die
Frage zu erörtern, ob sich im Interesse des allge-
meinen Friedens und im Einverständnis mit den deut-
schen Behörden nicht eine militärische Besetzung Ober-
schlesiens zu einem früheren Zeitpunkt als dem im
Friedensvertrag vorgesehenen notwendig erweise. Von
dieser Seite wird diese Nachfrage als unrichtig
bezeichnet. Die Militärmission würde den Rahmen ihrer
Befugnisse überschreiten, wenn sie sich mit dieser Frage
befassen würde. Die Meldung des genannten Blattes
wird als einer der üblichen Versuche aufgefaßt, den
klaren Wortlaut des Friedensvertrages irgendwie zum
Nutzen der Entente und der Polen zu verzerren.

Der Oberste Rat hat sich jedoch allem Anschein
nach schon mit der Frage der etwaigen vorzeitigen
militärischen Besetzung Oberschlesiens beschäftigt. Der
amerikanische Lebensmittellieferant Hoover erklärte
im Obersten Rat: Wenn man den revolutionären Zu-
stand in den Kohlenbezirken Oberschlesiens-Polens an-
dauern lasse, so laufe man Gefahr, nicht allein sechs
Millionen Tonnen monatlich zu verlieren, sondern
auch eine weitere Ausbreitung der Kohlenstreiks und
wüßige Zerstörung der Kohlenförderung sei die Folge.
Hoover schlug deshalb eine umgehende Besetzung
der Kohlenzeilen durch Ententetruppen vor,
sowie die Kontrolle der Kohlenproduktion und
Verteilung durch die Entente-Kommission. Deutschland
würde die sofortige Besetzung Oberschlesiens durch die
Ententetruppen gewiß annehmen. Es wurde denn auch
beschlossen, bei der Kohlenkommission nicht nur einen
polnischen und einen Vertreter der Tschechoslowakei,
sondern auch einen deutschen Delegierten zu-
zulassen. Nach Pariser Meldungen wurde Hoover mit
der Aufgabe betraut, nach Berlin zu reisen, um
mit der deutschen Regierung über die vorzeitige Be-
setzung des oberschlesischen Plebistiztgebietes zu ver-
handeln.

Die militärische Lage im Aufbruchgebiet.

Südlich Geden-Lazitz versuchten im Laufe der
Samstag Nacht polnische Banden die Grenze zu über-
schreiten. Sie wurden durch Maschinengewehrfeuer ver-
trieben. Zwischen Wierzbna und Woblan erfolgten
an mehreren Stellen auf unsere Feldwachen Angriffe
durch polnische Banden. Hierbei wurde ein Unteroffi-
zier, der leicht verwundet wurde, heimtückisch er-
mordet. In der Gegend südlich Goldmannsdorf,
Kreis Rybnik, überschritt eine polnische Patrouille
reguläre Truppen die Grenze. Sie wurde vom Grenz-
schutz zurückgetrieben. Dabei fiel ein Pole verwundet
in unsere Hand. Er gehörte dem Grenzschutz Weuthen
an, der aus oberschlesischen Ueberläufern gebildet wor-
den ist. Bei Hohenlohe-Hütte wurde ein dort verblie-
benes Insurgentennest geläubert.

In der Nacht vom 24. zum 25. August fanden an
zahlreichen Stellen Ueberfälle von polnischen Banden
und regulären Truppen statt. Bei den Angriffen hat-
ten die Aufwacher schwere Verluste. So wurde die
Feldwache Gockalkowicz erneut von polnischen Ban-
den angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen. In
der Gegend von Konau fand ein Feuergefecht statt, das
jenseits der Grenze durch Maschinengewehrfeuer unter-
stützt wurde. Die Feldwache in Dembina wurde
nachts von polnischen Banden und regulären Truppen
überfallen. Die Lage wurde dort wiederhergestellt.
Eigene Verluste hierbei drei Tote, drei Verwundete.
Ein nächtlicher Angriff auf eine Kompanie in Ge-
orgenberg wurde abgewiesen. Hierbei erlitten die
Aufwacher schwere blutige Verluste. Es wurden erbeu-
tet ein leichtes Maschinengewehr und zahlreiche Ge-
wehre.

Ende des Generalstreiks.

Die Streiklage im Hindenburg-Kohlenrevier be-
festigt sich von Stunde zu Stunde. Nach der Kündigung
des Arbeitszwanges und infolge des erhöhten Schutzes
der Arbeitswilligen kann schon vom Ende des Gene-
ralstreiks gesprochen werden. Amtlichen Mitteilungen
zufolge ist auf fast allen staatlichen und privaten
Gruben zur Größtzeit der weitaus größte Teil der

Belegschaft — durchschnittlich 80 bis 85 Prozent —
eingefahren. Au. der Konfordia-Grube in Hindenburg,
den Rheinbabenbüschen in Bielschowitz und den
Brüdensbüschen in Matoschau arbeiten bloß 48 Pro-
zent der Arbeiter. In den übrigen Teilen des ober-
schlesischen Montanbezirks hat sich die Arbeit wieder
bedeutend günstiger gestaltet. Auch auf den staatlichen
Gruben in Königshütte ist der Streik erloschen. Die
Grubenanlagen in Anrurow bei Rybnik arbeiten mit
der Hälfte der Belegschaft.

Deutsches Reich.

Der Uebertritt des bayerischen Heeres in die
Reichswehr. Reichspräsident Ebert und Reichswehr-
minister Noske trafen Montag früh in München ein.
Am Vormittag fand der feierliche Uebertritt des bis-
herigen bayerischen Heeres in die Reichswehr und
die Uebernahme des Oberbefehls und der obersten
Kommandostellen über das Heer durch den Reichs-
präsidenten, der diese wieder auf den Reichswehr-
minister Noske übertrug, in Gegenwart des bayerischen
Ministerpräsidenten Hoffmann und der noch im Dienst
befindlichen bayerischen Generale statt. Reichspräsident
Ebert wird in den nächsten Wochen den süddeutschen
Regierungen einen Besuch abstatten. Für Karlsruhe
ist der Termin bereits festgesetzt, für Stuttgart konnte
wegen der Erkrankung des Staatspräsidenten der Be-
such noch nicht anberaumt werden.

Neuwahl der Arbeiterräte. Der Zentralrat der
deutschen Arbeiterräte — bisher genannt „Zentralrat
der deutschen sozialistischen Republik“ — besteht dar-
auf, daß in Deutschland Neuwahlen von Arbeiter-
räten stattfinden haben, obwohl, wie bekannt, das
Betriebsrätegesetz, das in der Nationalversammlung
bereits die erste Lesung passiert hat, und demnach
allgemeine Neuwahlen an der Arbeiter- und Ange-
stelltenchaft bringen wird. Der Vollzugsrat von Groß-
Berlin ist von der Regierung, weil er sich unbefugter-
weise mit der Vorbereitung solcher Wahlen befaßt,
durch militärische Maßnahmen lahmgelegt worden.
Der Zentralrat der deutschen Arbeiterräte beruft sich für
sein Vorgehen auf einen Antrag des zweiten Natio-
nalkongresses und versichert, daß seine Neuwahlen sich
nicht gegen die Reichsverfassung bzw. gegen die sei-
tens der Reichsverfassung zu treffenden Maßnahmen
zur Durchführung des Artikels 165 der Reichsver-
fassung richten. Seine Arbeiterräte seien beru-
fen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen
und dem zu erwartenden verfassungsmä-
ßigen Zustand auf dem Gebiete der Arbeiterver-
fassung zu bilden, wonach anzunehmen wäre, daß diese
Brücke abgebrochen werden soll, sobald der verfas-
sungsmäßige Zustand, das heißt also die Wahlen der
Betriebsräte durchgeführt sind. Warum aber bis zu
diesem Zeitpunkt nicht die bisherigen Arbeiterräte
noch fortbestehen sollen, darüber gibt der Zentral-
rat keine Aufklärung. — Der zweite Narkongress hatte
keinerlei gesetzgebende Gewalt, seine Aufträge sind we-
der von der Reichsregierung, noch von der National-
versammlung anerkannt. Es wird nachgerade ein un-
erträglicher Zustand, wenn neben der verantwortlichen
Reichsregierung unverantwortliche Instanzen
Funktionen ausüben, die in jedem geordneten Staats-
wesen ausschließlich den auf der Verfassung beruhenden
und alleseitig anerkannten Staatsorganen zustehen.

Die Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen sind
immer noch nicht abgeschlossen. Nach den Mitteilun-
gen des Ausschusses vertriebener Elsaß-Lothringer sind
bis jetzt aus Elsaß-Lothringen rund 55 000 Perso-
nen vertrieben worden. Davon sind ausgewiesen gegen
17 900, unter dem Druck der Verhältnisse freiwillig
ausgewandert 37 600. Die Gesamtzahl der Vertriebe-
nen setzt sich zusammen aus 18 800 Männern, 17 000
Frauen, 19 200 Kindern. Die Elsaßer kommen in ver-
hältnismäßig geordneten Verhältnissen in Baden an,
dagegen sind die Züge, die aus Lothringen eintref-
fen, ein trostloses Bild herzbrechenden Elends. Die
Beamtenszüge mit den Eisenbahn- und Staatsbeamten
treffen regelmäßig wöchentlich zweimal in Offenbourg
ein, während die Lothringer in unregelmäßigen Trans-
porten nach Deutschland abgeschoben werden. Charak-
teristisch für die augenblickliche Stimmung, besonders
im Elsaß, ist, daß die Bevölkerung den Auswanderern
den ganz anders entgegenkommt, wie Ende vorigen
Jahres. Elsaß-Lothringen erwacht aus dem Nausch
und erinnert sich langsam des Guten, das ihm das
Deutsche Reich brachte. Was den Deutschen in 48
Jahren nicht gelungen ist, haben die Franzosen in
acht Monaten erreicht: Das Land deutsch zu machen,
hört man häufig. Man tritt in immer mehr zuneh-
mendem Maße für die Unabhängigkeit Elsaß-Lothrin-
gens ein.

Aufhebung der französischen Zensur im beset-
ten Gebiet. Die französische Besatzungsbehörde hat
mit Wirkung vom 20. August an die Zensur für
die Wiesbadener und Mainzer Tageszeitungen auf-
gehoben und die Einfuhr aller deutschen und aus-
ländischen Zeitungen und Zeitschriften erlaubt. Ferner
hat die Behörde nunmehr auch die Abhaltung von
politischen Versammlungen genehmigt. In dem Erlaß
heißt es unter anderem: Die Debatten sollen frei
sein, vorausgesetzt, daß sie in höflicher, anständiger
Weise geführt werden, so daß keinerlei Unruhe oder
Unordnung daraus entsteht.

Protest der Schleswiger. Bei einer Kundgebung,
an der sich die deutsche Bürgerschaft Tondern zahl-
reich beteiligte, wurde dieser Tage eine Entschließung
einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen,
die der Empörung darüber Ausdruck gibt, daß durch
die Einbeziehung rein deutscher Gemeinden, wie der
Stadt Tondern und des Fleckens Hoyer, in das erste
Abstimmungsgebiet die Bewohner dieser Gegenden an
das ihnen fremde Dänemark gezwungen werden.
— Der Oberste Rat der Alliierten bestimmte, daß die Kosten für die Volksab-
stimmung in Schleswig zu gleichen Teilen von
Deutschland und Dänemark getragen werden sollen.
— Landrat Böhm aus Tondern hält sich zurzeit wieder
in Kopenhagen auf, um auf Wunsch der Internatio-
nalen Kommission an ihren Verhandlungen über die
Abstimmung in Nordschleswig teilzunehmen. Beson-
ders handelt es sich bei diesen Besprechungen um
die Art und Weise, wie die deutschen Behörden und
Truppen das Abstimmungsgebiet räumen sollen. Die
Räumung soll zur Vermeidung etwaiger Reibungen
möglichst so schnell erfolgen, daß die Deutschen sich

schon zurückgezogen haben, wenn die Behörden und
Truppen der Alliierten einrücken. Ferner werden die
Schul-, Post- und Verkehrsfragen besprochen werden.
— Der französische Panzerkreuzer „Marcellin“ ist
Montag vormittag vor Hoyer eintreffend. Nach-
mittags hat der Kommandant eine Abordnung dän-
ischer Bürger empfangen.

Willkommengruß des Reichspräsidenten für die
heimkehrenden Kriegsgefangenen. Der Reichspräsident
hat zur Begrüßung an die 5000 Kriegsgefangenen,
die aus Serbien im Lager Vahfeld bei Augsburg
eingetroffen sind, folgendes Telegramm gesandt: „Den
nach unsäglich mühevollen Anstrengungen der Reichs-
regierung endlich freigelassenen, aus Serbien zurück-
gekehrten Kriegsgefangenen sende ich beim Betreten
deutscher Bodens einen herzlichsten Willkommengruß
und den Ausdruck meiner warmsten Teilnahme an den
bisher ausgestandenen langen Leiden und Entbeh-
rungen. Mögen die, die so lange fern von ihren
Lieben und dem schwergeprüften Vaterlande sein muß-
ten, sich bald betätigen mit allen Kräften an dem
Wiederaufbau der Heimat. Reichspräsident Ebert.“
— In einer Versammlung des Volksbundes zum Schutze
der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich teilt Hr.
von Lersner mit, daß im September acht Schiffe
mit russischen Kriegsgefangenen nach Sibirien fahren
sollen. Für diese sollen Gefangene aus Sibirien zu-
rückgebracht werden, die etwa im Februar in Deutsch-
land ankommen dürften. Die Regierung erwäge
ferner, Schiffe in Asien zu chartern, um weitere deutsche
Gefangene zurückzuführen.

Die Freilassung des deutschen U-Boot-Komman-
danten Kiewewitz. Wie die englischen Blätter melden,
ist die Freilassung des deutschen U-Boot-Kommandan-
ten Kiewewitz, der wegen angeblicher Verletzung von
Hospitalitätsregeln im Tower gefangen gehalten wurde,
„im Widerspruch zu den Ansichten der Admiralität“
erfolgt. Wie die Mitteilung weiter besagt, wird be-
fürchtet, daß die Freilassung Kiewewitz zu Zweifeln
Anlaß geben könne, ob überhaupt beabsichtigt sei,
die 74 auf der Auslieferungsliste der Admiralität ste-
henden deutschen Seeoffiziere zur Verantwortung zu
ziehen.

Abbruch des Hamburger Bankrotts. Die Zen-
tralfreileitung hat die streikenden Angestellten der
Hamburger Girobanken aufgefordert, ihre Tätigkeit
wieder aufzunehmen. Diese Maßnahme sei in dem Ver-
halten des Reichsarbeitsministeriums begründet. Die
Zentralfreileitung halte nach wie vor an ihren For-
derungen fest, die durch zwei Schiedssprüche bestätigt
seien und sich auf die Dauer durch Machtmittel nicht aus-
der Welt schaffen ließen.

Millionenverheerungen im Spandauer Train-
depot. Die Kriminalbehörden von Berlin und Span-
dan sind augenblicklich bemüht, ein großes Schieber-
Konfession aufzuheben, das ungeheure Werte von
Heeresgut aus dem Spandauer Traindepot entwendet,
um sie an Altändler und Händler zu verschleusen.
Es scheinen etwa 30 Personen an den „Geschäften“
beteiligt zu sein, und einige sind bereits verhaftet
worden, darunter auch Angehörige des Spandauer Ar-
beiterrats vom Traindepot. Soweit sich bis jetzt über-
sehen läßt, liegen die Diebstähle schon bis zum Be-
ginn der Revolution zurück. Welche Summen die Diebe
„verdient“ haben, geht daraus hervor, daß einige
sich in Spandau und Berlin Geschäfte kaufen konnten.
Ein Teil der Waren konnte bei den Altgängern be-
schlagnahmt werden. Der gesamte Arbeiterrat des
Traindepots wurde seines Postens enthoben.

Klageerhebungen ehemaliger Bundesfürsten. Der
Fürst von Waldeck-Pyrmont hat die Vergleichsvor-
schläge der Landesvertretung abgelehnt und in der
Frage der Abfindung für Domänen, Waldungen und
Schlösser die gerichtliche Klage angestrengt. — Der
frühere Herzog Karl Eduard von Koburg und Gotha
strenge bei dem Gothaer Landgericht eine Klage gegen
den Volksstaat Gotha auf Herausgabe seines durch
Landesgesetz beschlagnahmten Vermögens an. Der Her-
zog hatte seinerzeit eine Abfindung in Höhe von
15 Millionen Mark abgelehnt. Darauf hatte der Land-
tag die Beschlagnahme des gesamten fideikommissari-
schen Besitzes des ehemaligen Herzogshauses be-
schlossen.

Rundschau im Auslande.

Oesterreich: Annäherung an die Westmächte.

Die Wiener „Neue Freie Presse“ veröffentlicht Neu-
erungen von authentischer Seite über die Neuorientie-
rung in der Außenpolitik des Staatskanzlers Ren-
ner. Es heißt darin: Es ist wohl begreiflich, daß die un-
bedingten Anhänger des Anschlußgedankens an Deutschland
durch die Erklärung Renners, daß Deutsch-Oesterreich
im Vertrauen auf den Bölkerbund allein durchzukommen ver-
suchen wolle, sich unruhig fühlen. Es handelt sich
hier vielleicht nicht allein um eine Frage der Auffassung,
sondern um eine Frage des Vertrauens. Staatskanzler
Renner hat die Annäherung an die Westmächte vollzogen
und unser Schicksal in ihre Hand gelegt. Von der Entente
und dem Bölkerbund wird es abhängen, ob Deutsch-Oester-
reich im Stande sein wird, die ihm im Friedensvertrag als
Bedingung auferlegte staatsrechtliche und wirtschaftliche Un-
abhängigkeit aufrecht zu erhalten, ja überhaupt als Staat
fortzuleben. Der Staatskanzler hat in der gleichen
Aussage, mit der er die Bölkerbundspolitik als den Rich-
tung gebenden Gedanken unserer künftigen auswärtigen
Politik begründete, deutlich ausgesprochen, daß Deutsch-
Oesterreich keine Nachbarschaftspolitik zu treiben habe. Die
künftige Politik muß geleitet sein vom Vertrauen auf den
Bölkerbund, der die moralische Verpflichtung hat, unserem
Volke das Leben zu ermöglichen.

Polen: Diktanden wird polnisch.

Der „Gazeta Warszawska“ zufolge wurde ein Ver-
trag zwischen Peltura und Polen auf folgender Grundlage
abgeschlossen: Die ukrainische Regierung erklärt ihr grund-
sätzliches Verbot auf Diktanden. Polen und die Ukraine
verpflichten sich, mit vereinten Kräften gegen den Bolsche-
wismus zu kämpfen. Die polnische Regierung verspricht,
daß sie ohne die Einwilligung Pelturas das von seinem
Militär besetzte Gebiet nicht vertritt. — Damit ist der Streit
über Diktanden, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln ruti-
nisch (ukrainisch) ist, vorläufig zugunsten der Polen ent-
schieden, da sich die Regierung Pelturas offenbar nicht im
Stande gesehen hat, den Krieg sowohl gegen die Bolsche-
wisten wie gegen die Polen zu führen. Im Lemberg haben,
wie erinnerlich, zwischen den Ukrainern und Polen sehr
heftige Kämpfe stattgefunden, bei denen aber die Stadt
außer in den Händen der Polen geblieben war.

England: Menterei englischer Truppen.

Nach einer Privatmeldung des Pariser „Journal“ aus London meuterten 200 englische Soldaten jüngerer Jahrgänge, die aus dem Urlaub zurückkehrten und die in Southampton eingeschifft werden sollten, weil sie sich nicht nach Afrika transportieren lassen wollten. Die Meuterei wurde entworfen. Die Regierung erklärt, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, Soldaten nach Afrika einzuschiffen.

Bereinigte Staaten: Die Senats-Deputation in Amerika.

Wie das Pressebureau „Radio“ aus Washington meldet, hat der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten eine vom Senator Lodge vorgeschlagene Abänderung des Friedensvertrages angenommen, derzufolge China statt Japan den Hafen von Schantung übernimmt. — Bei der Zusammenkunft des Senatsausschusses war dieser Beschluß vorausgesehen. Doch erwartet man noch immer, daß das Plenum des Senats schließlich von Abänderungen absehen und sich damit begnügen wird, die amerikanische Auffassung gewisser Fragen in den Text des Gesetzes aufzunehmen, das den in unverändertem Wortlaut angefügten Friedensvertrag ratifizieren würde.

Mexiko: Englische Intrigen gegen Amerika.

Das mexikanische Staatsoberhaupt Carranza erklärte dem amerikanischen Gesandten in Mexiko, es läge Beweise vor, daß englische Agenten in Mexiko mit den Banditen Verbindungen unterhielten, um politische Schwierigkeiten mit Amerika herbeizuführen. Der Ueberfall auf die beiden amerikanischen Flieger könne auch von diesen Elementen ausgeführt worden sein. Carranza schlug vor, eine gemeinsame Untersuchung vorzunehmen, um die Vorfälle aufzuklären. Amerika wird eine militärische Untersuchungskommission nach Mexiko senden.

Local- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 27. August 1919.

— **Christl. Verein junger Männer.** Am kommenden Sonntag findet abends 8 Uhr in der „Volkschule“, Papenmarkt 2, ein Familienabend statt. Offizier-Stellvertreter Rüdiger wird über seine wunderbaren Kriegserfahrungen sprechen. — Die Jugendabteilung kommt nachmittags 4½ Uhr zusammen zu einem Vortrag des Flugzeugführers Reimweiser (Bethel) über seine Erlebnisse.

Helferich in Paderborn.

Am vergangenen Sonnabend sprach auf Einladung des hiesigen Deutsch-nationalen Vereins Staatsminister Dr. Helferich im großen Saale des Bürgervereins. Lange vor Beginn der Versammlung war das Versammlungslokal so besetzt, daß Hunderte sich mit einem Stehplatz begnügen mußten und große Scharen überhaupt keinen Eingang fanden. In fast zweistündiger großangelegter Rede beschäftigte sich der Staatsminister mit der Finanzlage und der Finanzpolitik Deutschlands. Er erklärte von vornherein, daß er, obwohl zur Deutsch-nationalen Volkspartei gehörig, nicht als Parteimann, sondern als Sachmann die Frage erörtern wolle, denn die Finanzfrage sei eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Die Finanzlage sei eine überaus ernste, besonders auch im Hinblick auf die ungeheuren Verluste durch den unerhörten Rückgang unserer Währung. Zunächst sei nötig:

1. mit allen Mitteln zu versuchen, von den Feinden die Höhe der uns aufgezwungenen Kriegsschuldung zu erfahren,

Verbrauchsregelung für Feinseife.

Vom 1. September d. J. ab werden auf den Kopf der Bevölkerung wahlweise (nicht je) 50 Gramm folgender Erzeugnisse geliefert:

- 80 Proz. polierte Feinseife in 100-Gramm-Stücken, das Stück zu 1,20 M., oder
- 60—62 Proz. reine Kernseife in 100- bzw. 200-Gramm-Stücken, das Stück zu 0,80 M., oder
- 80 Proz. reine Kastelseife in 50-Gramm-Stücken, das Stück zu 0,60 M.

Diese Erzeugnisse dürfen nur gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte abgegeben werden.

Die Verbraucher haben, spätestens bis zum 31. d. M., die Oktober-Feinseifenabschnitte bei ihren Lieferanten abzugeben. Sie erhalten dagegen einen Gutschein nach folgendem Muster:

Gut für

- Stück Feinseifenabschnitte zu 50 Gramm
..... Stück Seifenpulverabschnitte zu 250 Gramm
(Unterschrift oder Firmenstempel des Abgebers)

Gegen den Gutschein wird den Verbrauchern erstmalig im September die Seife abgegeben. Die Feinseifenabschnitte bis einschl. September sind für ungültig erklärt.

Im Oktober können die Verbraucher die Ware sofort im Laden gegen die November-Feinseifenabschnitte erhalten, ebenso im November gegen die Dezember-Abschnitte und so fort.

Die Wiederverkäufer sammeln von der Kundschaft die Oktober-Feinseifenabschnitte und tauschen sie bis zum 8. September d. J. für den Stadtkreis im Rathaus, Zimmer Nr. 71, für den Landkreis bei den betreffenden Ämtern gegen Empfangsbefähigung ein. Erstere erhalten gegen die Empfangsbefähigung von ihren Lieferanten im Monat September die Ware. Sie haben außerdem Anspruch, im Monat Oktober von ihren Lieferanten in gleicher Höhe beliefert zu werden. Im Monat November und den folgenden Monaten erhalten die Händler dagegen nur wieder Ware gegen Empfangsbefähigungen.

Die Händler werden darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn sie entgegen dies en Bestimmungen andere Abschnitte, als die vom Monat Oktober einreichen, sie dauernd vom späteren Bezug der neuen Erzeugnisse ausgeschlossen werden.

Bielefeld, den 25. August 1919.

Der Magistrat.

Das Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

2. die Ausarbeitung eines die ganze Steuererhebung umfassenden Finanzplanes und

3. die allergrößte Sparbarkeit.

Unter großer Bewegung der Versammlung gab Dr. Helferich Auszüge aus dem soeben bekanntgewordenen englischen Weißbuch bekannt und erbrachte den Nachweis, daß Erzberger bei seinen bekannten Enthüllungen das wesentlichste verschwiegen hätte. Erzberger sei der böse Geist, den er mit aller Energie weiter bekämpfen werde, um Klarheit zu schaffen und um des Volkes willen. Am Schluß seiner Rede wandte sich der Staatsminister in temperamentvollen Ausführungen an seine Zuhörer mit der Bitte, sich alle in den Dienst des Volkes zu stellen, um so die Grundlage für den Wiederaufbau zu schaffen. Unter großen Beifallsfundebungen der Mehrheit schloß der Redner. An der Aussprache beteiligten sich zwei unabhängige Sozialdemokraten und ein Vertreter des linken Zentrumsflügels. Letzterer meinte, der ehemalige Kanzler Michaelis und das protestantische Preußen hätten den Krieg lieber fortgesetzt als den Frieden angenommen aus der Hand des Papstes. In seinem Schlußwort ging Dr. Helferich auch auf diesen Einwurf ein indem er betonte, daß beim Einbruch Italiens in den Krieg diesem von der Entente die ausdrückliche Zusage gemacht worden sei, daß man einen entscheidenden Eingriff des Papstes in die Geschicke des Krieges nie zulassen werde. Die völlige Haltlosigkeit der Unterstellung des Zentrumsredners wurde von dem Redner in glanzvollen, streng sachlichen Ausführungen dargelegt, womit die Versammlung, wiederum unter rauschendem Beifall für Dr. Helferich, ihren Abschluß fand.

Aus der Kriegsbeschädigtenbewegung.

In der jungen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenbewegung ist immer noch keine endgültige Klärung eingetreten. Der Reichsbund, der der Mehrheitssozialdemokratie nahesteht, liegt in stetem Kampf mit dem ausgesprochen linksradikalen Internationalen Bunde wie auch mit den Kriegervereinen. Der Leipziger Verband, der sich neuerdings „Einheitsverband der Kriegsbeschädigten“ nennt, hat durch diese Umbenennung alle anderen Organisationen veranlaßt, gegen ihn Front zu machen. Der Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Reichsstelle Berlin SW. 68, Kochstraße 9, erhebt sich eines immer mehr steigenden Ansehens in der Öffentlichkeit und bei den Kriegsbeschädigten. Erst kürzlich hat sich ihm im Rheinlande wiederum eine größere Bezirksorganisation, die Vaterländische Vereinigung in Bonn, mit einer Anzahl von Ortsgruppen angeschlossen. Diese lokalen Vereinigungen von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und alle Kriegsbeschädigten, die noch keinem größeren Verbande angehören, sollten diesem Beispiel folgen.

— **Erinnerung an wichtige Arbeiten.** Eine wesentliche Beschäftigung bringt uns dieser Monat durch die Ernte und Verwertung des Sommergemüses. Im August ist aber auch, wie der „Praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau“, Frankfurt a. O., berichtet, die Zeit, in der wir das Wachstum des Herbst- und Wintergemüses durch fleißiges Gießen, Düngen und Begießen fördern müssen. Wir fassen in den nächsten Tagen, recht achtsam, damit die Saat nicht zu dicht gerät, Herbstrüben. Die bestebten Veltower Rüben gedeihen nur in Sandboden gut, schweres Land taugt für sie nicht. Die Saatzeit für Herbstspinat fällt auch

in diese Augusttage; am lohnendsten ist der Spinatbau auf gutem, abgedüngtem Boden. Die Meerrettichbeete erhalten eine nochmalige Düngung. Ausgereifte Stedzwiebeln werden aufgenommen und auf luftigem Hausboden zum Trocknen ausgebreitet. Das Ausdünnen und Bedecken der jungen im Juli gemachten Karottenaussaaten baldmöglichst vornehmen. Perlmutter einlegen. Die Kürbispflanzen reichlich wässern. In abgeräumte Frühbeete Rabies und Sommerrettich säen. Grüne Bohnen (Salz- und Zuderbohnen) einmachen. Salzgurken und Pfeffergurken einlegen. Frühkartoffeln, die zur Saat bestimmt sind, sollen nur bei ganz trockenem Wetter ausgegraben werden. Die Widerstandskraft der Knollen wird durch längeres Lagern Knolle an Knolle an luftiger Stelle im Freien bedeutend erhöht. Von Mitte des Monats ab sind Frühkartoffeln zur Pflanzung von Mistbeeten, lange Karotten für zeitige Frühjahr, die, wenn Frost eintritt, mit Laub oder mit verrottetem Dünger zu bedecken sind, und allerlei Frühkartoffeln zum Ueberwintern der Pflanzen auszusäen.

Letzte Nachrichten.

Sofortiges Eingreifen Polens in Oberschlesien gefordert.

Nach Meldungen der polnischen Presse entfalten Warschauer politische Kreise infolge des ober-schlesischen Aufstandes eine fieberhafte Tätigkeit. Sowohl die Presse als auch die Öffentlichkeit ruft nach einem sofortigen Eingreifen in Oberschlesien. Der Zentral-Vollzugsrat der polnischen sozialistischen Partei hat sogar eine Kundgebung an die Arbeiter erlassen, in der diese aufgefordert werden, für eine Vereinigung mit den schlesischen Gebieten zu manifestieren. In Warschau ist eine Abordnung von Aufständischen aus Oberschlesien beim Ministerpräsidenten Paderewski eingetroffen und auch vom Staatsoberhaupt Pilsudski empfangen worden. Die Deputation fordert, daß den Aufständischen sofort Hilfe geleistet werde, um so eher, als sich das polnische Heer nach einem Kampfe mit den Deutschen seht.

Oberschlesische Kämpfer vor dem Kriegsgericht.

Das außerordentliche Kriegsgericht in Dantzig hat bereits mit der Aburteilung von ober-schlesischen Aufständischen begonnen. In der ersten Verhandlung wurde ein Grubenarbeiter wegen Aufstuhes zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. 6 weitere Insurgenten, die in der Schlesiengrube Soldaten der Reichswehr von den Hauern der Häuser aus beschossen hatten, wurden, weil es sich teilweise um noch Jugendliche handelt, zu 15 Jahren und 5 Jahren Zuchthaus sowie zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Clemenceau gegen Rückgabe der Gefangenen.

In der letzten Sitzung des Viererates wies Poincaré auf die Zweckmäßigkeit der Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen hin, die England täglich 90 000 Pfund kosten. Poincaré unterstützte die Anregung Poincarés, der jedoch Clemenceau entgegensteht; Frankreich habe ein Interesse an der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die dem Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs dienen müssen.

Nr. der Inhalt verantwortlich: B. P. a. a., Bielefeld. — Druck und Verlag: Druckerei Bielefeld bei Bielefeld, Hermann 74, Ant. Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten an: Bielefeld, Schillerplatz 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Anzeigen und Abbestellungen an die Geschäftsstelle: Bielefeld, Schillerplatz 141. Bielefeld, Schillerplatz 141. Bielefeld, Schillerplatz 141.

Butterverkauf.

Die Fettinheit für diese Woche beträgt 50 Gramm Butter zu 41 Pf.

Die Ausgabe der Butter für die Butterverkaufsstellen erfolgt Donnerstag vormittag.

Bielefeld, den 25. August 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Geringsverkauf.

Die der Stadt Bielefeld zugewiesenen Salzheringe sollen das Stück zu 52 Pf. in den Geschäften markenfremd verkauft werden.

Händler, welche den Verkauf mit übernehmen wollen, können sich im Rathaus, Zimmer 56, melden.

Magistrat Bielefeld.

Wir empfehlen folgende

zu Geschenken
besonders geeignete Erzeugnisse von 1919:

Weltgeschichte

von Hans Helmolt. 2. Auflage im Einband. Mit etwa 1000 Lept. 300 farbigen und schwarz-weißen Tafeln. 60 Karten. 9 Bände. Gebunden. 225 Mark

Geographie der

Deutschen Erde

von Prof. Dr. Vogt und Prof. Dr. Koch. 4. Aufl. 180 Lept. 32 Tafeln. 36 Zeichnungen. 3 Bände. Geb. 60 M.

Geographischer Bilderatlas von Europa. Von Dr. W. Gerbing. 664 Bilder mit erläuterndem Text. Geb. 16 Mark

Hierzu der Teuerungszuschlag. — Preisänderungen vorbehalten.

Verlag des Bibliographischen Instituts A.-G., Leipzig

Su beziehen durch jede

gute Buchhandlung
oder unmittelbar von der
Verlagshandlung:

Kunstgeschichte

aller Zeiten und Völker von Prof. Dr. Karl Woermann. 2. Auflage im Einband. Mit etwa 2000 Lept. 1000 farbigen und schwarz-weißen Tafeln. 6 Bände. Gebunden. 150 Mark

Die Pflanzenwelt

von Prof. Dr. Otto Warburg. Mit 900 Lept. 1000 farbigen und schwarz-weißen Tafeln. 9. Auflage. Neubildung 1919. Gebunden. 6,50 Mark

Duden, Rechtschreibung der deutschen Sprache u. der Fremdwörter. 1000 Wörter und Verwörterungen. 9. Auflage. Neubildung 1919. Gebunden. 6,50 Mark

Hierzu der Teuerungszuschlag. — Preisänderungen vorbehalten.

Verlag des Bibliographischen Instituts A.-G., Leipzig

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Evangel. soziales Frauenseminar

der Diakonissenanstalt zu Kaiserswerth a. Rh.

Theoretische und praktische Ausbildung für berufliches und ehrenamtliches Wirken auf dem Gebiete der Inneren Mission und sozialer Betätigung. Kursdauer 2 Jahre. Voraussetzung: Volendetes 20. Lebensjahr. Abschlußzeugnis eines Lyzeums oder Nachweis gleichwertiger Vorbildung. Beginn des nächsten Kurses 15. September 1919. — Prospekte durch die Leitung.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

begünstigt die Förderung der Volksbildung und Volkswirtschaft auf christlich-nationalen Grund. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete literarisch gemachten Erfindungen sein, um dieselben weiteren arbeitwilligen Kreisen zugänglich machen zu können. Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der evangelisch-sozialen Schule in Bielefeld bei Bielefeld.

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld